

## Merkt die FDP überhaupt noch was?

Hebel meint: „Imperiale Bequemlichkeit“ FR-Magazin vom 16. November

### Dominiert von der kleinsten Partei

Die Vorschusslorbeeren, die wir – wiewohl zögerlich – der Regierung gegeben hatten, waren bald verbraucht. Rot-Grün versprach einige gute Ansätze im Sozialen- und Umweltbereich, und die FDP würde da nicht abseits stehen wollen. Wie sehr waren wir bald enttäuscht, entpuppte sich die FDP als die führende Kraft der Koalition – Kraft, die mehr als nur Reibung zuerst bei Hilfen für die Geringverdienenden und dann in Problemen der Klimabeeinträchtigung einsetzte. Das begleitete die Koalition auch noch in Zurückhaltung bei der Abschöpfung großer Gewinne. Wir fragten uns fortwährend: „Wo ist denn die SPD?“ Offensichtlich ließ sie die FDP ebenso schalten und walten wie die Grünen, die ihre ökologische Substanz zunehmend zu verges-

sen schienen. Es ist einfach phänomenal und unerwartet, wie die Koalition von der kleinsten Partei dominiert werden konnte. Und Scholz?

Wolfgang Christian, Offenbach

### Ein hilfloser Justizminister in letzter Not

Die FDP und das Tempolimit, man mag eigentlich gar nicht mehr darüber diskutieren. Aber bei Anne Will (20.11.) war es wieder mal so weit: Auf die Frage von Will, was denn passieren müsse, damit die FDP in der Frage des Tempolimits ihre ablehnende Haltung ändern würde, antwortete Buschmann: „Wir haben ein Gesetz ... in der Koalition wurde vereinbart ...“ Da hat der Jurist Buschmann zwar Recht, aber seit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages hat sich die Welt verändert, durch die Energiekrise und den Ein-

marsch Putins in die Ukraine hat sich der Druck verstärkt, klimaschützende Maßnahmen zu verschärfen. Das müsste in der FDP doch auch jemand gemerkt haben? Armer Buschmann. Was wäre das für ein herrlicher Anblick, wenn die jungen FDPler wie beim Beginn der Ampel ein neues Gesicht zeigen würden, die alten Ideologien hinter sich lassend. Wäre Buschmann in den 60er Jahren Justizminister gewesen, hätte er womöglich Homosexualität verfolgt und verurteilt: Wir haben ein Gesetz...

Armer Buschmann. In seiner Hilflosigkeit erinnerte er mich an den späten Helmut Kohl, der sich weigerte, die Namen seiner dubiosen Parteispender preiszugeben. In letzter Not rief Buschmann sogar noch nach seinem Parteifreund Wissing, den Verkehrsminister!

Konrad Wich, Frankfurt

## Privatfeuerwerk muss verboten werden

Silvesterböllerei: „Hier und da wird es laut“, FR-Regional vom 14. November

Obwohl nach einer Umfrage über 50 Prozent der Deutschen ein Verbot der Silvesterfeuerwerke befürworten, obwohl in allen Nachrichten das Klimaproblem erscheint, obwohl es aufgrund der Klimakatastrophen Dürreschäden sowie Überschwemmungen gibt, obwohl die FR täglich eine Klimaseite hat und freitags einen Newsletter zum Thema herausgibt, obwohl die Unionsparteien in Eintracht mit der AfD ständig nach strenger Bestrafung der Leute von der „Letzten Generation“ schreien, ist die Politik anscheinend nicht in der Lage, durch ein überfälliges Verbot der Silvesterfeuerwerke einen Beitrag zur Verminde-

rung der Klimakatastrophe zu leisten.

Seit Januar habe ich Eingaben an das „Klimaschutz“-Ministerium, an das Innenministerium, an Bundestagsabgeordnete gerichtet, damit dieser Unfug endlich verboten wird, wobei ich zum Teil Verweise an das jeweils andere Ministerium bezüglich Zuständigkeiten, zum Teil überhaupt keine Antwort erhalten habe. Dabei stellt sich Jahr für Jahr heraus, dass ein großer Teil der Deutschen nicht in der Lage ist, verantwortungsvoll mit diesem Kleinsprengstoff umzugehen und die Umwelt- und Gesundheitsbelastung enorm ist. Aus diesem Grund ist ein gene-

relles und ganzjähriges Verbot des Zündens von Feuerwerken für Privatpersonen erforderlich!

Auf massiven Druck hin wurden im August 2019, also noch vor Corona und vor dem Ukraine-Krieg bereits 100 000 Stimmen an den Deutschen Städtetag übergeben. Jede Gemeinde hat die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden, um in belasteten, gefährdeten Innenstadtbereichen die private Böllerei zu verbieten, aber nur ein Teil scheint ernsthaft dazu in der Lage zu sein. Das geht ganz einfach über eine Änderung des Bundesimmissionschutzgesetzes bzw. Änderungen in der ersten Sprengstoffverordnung. Peter Boettel, Göppingen

## Verträge gegen das Gemeinwohl

Zu: „Das Anti-Klima-Abkommen“, FR-Politik vom 22. November

Verena Kern schreibt, der Energiecharta-Vertrag „erlaubt es Energieunternehmen, Staaten vor privaten Schiedsgerichten auf Milliarden-Entschädigungen zu verklagen, wenn diese neue Klimaschutz-Gesetze beschließen oder höhere Umweltstandards einführen“. Einige EU-Länder, auch Deutschland, wollen aus diesem Vertrag aussteigen. Der Investitionsschutz, verbunden mit der jenseits aller Rechtsstaatlichkeit angesiedelten Schiedsgerichtsbarkeit, ist der Grund, weshalb nicht nur der ECT, sondern alle Handelsabkommen mit kombinierter Investitionsschutz-Schiedsgerichtsbarkeit von Übel sind, weil sie die Staaten teuer kommen. Bei Schiedsgerichten lassen sich Summen von bis zum Zehnfachen gegenüber Prozessen vor nationalen Handelsgerichten erstreiten.

Auch Ceta, das Abkommen zwischen EU und Kanada, ist so

angelegt. Nicht aber können Staaten dort gegen ausländische Investoren klagen, wenn diese Schäden anrichten. Auch bleiben Klima- und Umweltschutz, Menschenrechts-, Arbeits- und Sozialstandards in den Abkommen viel zu vage.

Eine Sondergerichtsbarkeit führt nicht nur dazu, dass „Umwelt- und Klimapolitik zu einer teuren und riskanten Angelegenheit“ (V. Kern) werden, sondern alle Regulierungen im Sinne des Gemeinwohls wie Gesundheitsschutz, Schutz öffentlicher Dienstleistungen vor Konkurrenz mit ausländischen privaten Anbietern, Schutz staatlicher Förderung etwa im Kulturbereich, ins Hintertreffen geraten. Investitionsschutzabkommen sind Anti-Gemeinwohl-Abkommen! Insofern ist es mir unverständlich, dass die EU nicht als Ganzes den ECT kündigt, und es ist ein Widerspruch, dass die deutsche Regierung die Schieds-

gerichtsbarkeit bei Ceta in wenigen Wochen ratifizieren wird

Statt solche kombinierten Verträge abzusegnen, sollte die Investorenschutz-Schiedsgerichtsbarkeit grundsätzlich bei Handelsverträgen gekündigt werden. Stattdessen sollten Unternehmen auf Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards, generell auf das Gemeinwohl, verpflichtet werden. Eine zivilrechtlich abgesicherte Unternehmenshaftung bei Verstößen und Schädigungen sollte die leitende Idee beim in der Beratung befindlichen europäischen Lieferkettengesetz sein. Und die Parlamente sollten sich früh einmischen bei allen von der EU geplanten Handelsabkommen und sollten einfordern, dass Abkommen nicht so ausgerichtet sind, dass internationale Unternehmen nationales Recht aushebeln. Sie sollten verhindern, dass ihre eigene Regulierungsfähigkeit torpediert wird. Klaus Philipp, Darmstadt



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/f20221128](http://frblog.de/f20221128)

### FR ERLEBEN

#### Andreas Schwarzkopf moderiert

„Gute Demokratien – Gefährliche Autokratien“ mit der Grünen-Europaabgeordneten Viola von Cramon-Traubadel, der Menschenrechtsexpertin Sylvia Schenk und Jonas Wolf von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Die Debatte wird auch gestreamt unter: [youtube.com/hausamdom](https://youtube.com/hausamdom)  
**Mittwoch, 30. November, 19 Uhr**  
**Haus am Dom, Frankfurt**

#### Georg Leppert moderiert die

Online-Diskussion „WM der Grausamkeiten?“. Mit: Thomas Beschorner (Wirtschaftsethiker, Universität St. Gallen), Michael Gabriel (Koordinationsstelle Fanprojekte), Bernd Reisig (Medienmanager, ehemaliger Fußballfunktionär) und Martin Stewen (Pfarrer, ehemaliger Mitarbeiter der katholischen Kirche in Arabien). Registrierung unter <https://bit.ly/3SmoC4Z>  
**Freitag, 2. Dezember, 20 Uhr**

Claus-Jürgen Göpfert spricht über den Kampf um die Binding-Brauerei in Frankfurt mit dem Frankfurter Planungsdezernenten Mike Josef (SPD), dem Binding-Betriebsratsvorsitzenden Christian Schipniewski und mit Jürgen Hünzer (NGG).  
**Montag, 5. Dezember, 19 Uhr**  
**Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

## Ruck für Lauterbach

Corona: „Raus aus dem Alarmmodus“, FR-Meinung vom 18. November

Die Analyse bringt es treffend auf den Punkt. Schließlich spricht für eine endemische Phase des neuartigen Corona-Virus schon, dass die meisten anderen europäischen Staaten aufgrund des mittlerweile hohen Immunisierungsgrades in der Bevölkerung längst wieder zurück zur alten Normalität zurückgekehrt sind, ohne wie etwa das seit jeher diesbezüglich sehr mutige und nach vorne denkende Dänemark diesen Schritt bis heute ernsthaft bereit zu haben. Zumal man gerade vulnerable Bevölkerungsgruppen viel besser durch ein passgenaues Krisenmanagement schützen kann, indem z.B. die Kommunen älteren Menschen die Nutzung von Taxis zum ÖPNV-Preis anbieten, anstatt mit einer pauschalen Maskenpflicht in Bussen und Bahnen, an die sich zumindest in einer Großstadt in Hamburg ohnehin viele Fahrgäste insbesondere am Wochenende oder am Abend nicht halten. Deshalb sollte sich Karl Lauterbach hier in jedem Fall einen Ruck geben und nicht die positiven Erfahrungen aus den benachbarten Ländern ignorieren, da ein echtes wissenschaftliches Verständnis auch den Blick über den eigenen Tellerrand auszeichnet und jegliche nationalen Sonderwege nicht zu einem gut in Europa integrierten Deutschland passen!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

## Eine Lehre für immer

Holodomor: „Die Ukraine bestärken“, FR-Meinung vom 28. November

Als naturwissenschaftlich gebildete Person habe ich gelernt, mich immer für Ursache und Wirkung zu interessieren. Wenn der schreckliche Hungertod von Millionen von Menschen in der Ukraine und in anderen Regionen der damaligen Sowjetunion als Völkermord bezeichnet werden soll, dann ist mir daher folgendes wichtig: Die Shoah ist Folge eines beispiellosen Beschlusses der Wannseekonferenz, 11 Millionen Bürger:innen in Europa zu töten, sowie eines Staatsapparates, der dies erbarmungslos in die Tat umgesetzt hat.

Ebenfalls erbarmungslos hat Stalin in unvorstellbarer Zahl kritische Stimmen und die, die er dafür hielt, einsperren, foltern und hinrichten lassen. Grausam verhungern mussten die Millionen von Bürger:innen aber, weil Stalin rücksichtslos, inkompetent und von Machbarkeitswahn gesteuert seine Ziele zur Umwandlung der Sowjetunion in einen Industriestaat durchsetzen ließ. Dass auch verantwortungsloses, selbstüberschätzendes Handeln, das alle Kritik, Warnungen und Expertise in den Wind schlägt, derart katastrophale Folgen haben kann, ist eine Lehre, die wir niemals vergessen sollten.

Katharina Piepho, Ostfildern